

## „Gerechtigkeit einfordern“

Gedenken am 24. Jahrestag des Amia-Anschlags

Buenos Aires (AT/mc) - „In Zeiten der Straffreiheit bedeutet Erinnerung so viel wie Gerechtigkeit einzufordern“. Unter diesem Motto stand am Mittwoch die diesjährige Gedenkveranstaltung anlässlich des verheerenden Bombenanschlags auf das Gemeindehaus des jüdischen Sozialwerks Amia vor genau 24 Jahren.

Auch in diesem Jahr trafen sich Hunderte Menschen im Stadtteil Once an dem Grundstück an der Straße Pasteur 633, wo am 18. Juli 1994 eine Autobombe 85 Menschen in den Tod riss und mehr als 300 weitere verletzte.

Der Amia-Vorsitzende Agustín Zbar beklagte, dass die Hintermänner der Bluttat, die die argentinische Justiz im Iran vermutet, weiter nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien: „Es ist notwendig, den Teufelskreis der Straflosigkeit zu durchbrechen. Dieser führt nur dazu, dass die Ermittlungsergebnisse versickern.“ Von der Nationalregierung forderte Zbar „konkrete Aktionen“,



Die Forderung nach juristischer Aufarbeitung ist stets aktuell.

um die Verdächtigen nach Argentinien zu holen und vor Gericht zu stellen. Wo diese zu suchen seien, daran ließ der Amia-Funktionär keinen Zweifel: „Wir wissen, dass Teheran Agenten mit Diplomatenstatus in Buenos Aires eingesetzt hat, um das Attentat zu verüben.“

Bei der Gelegenheit kritisierte Zbar die Kirchner-Regierung, die 2013 das umstrittene Iran-Memorandum auf den Weg brachte.

Diese habe damals einen Schlussstrich auf internationaler Ebene ziehen wollen. Ein solches Abkommen dürfe es nie wieder geben: „Es wäre fundamental, sich auf einen demokratischen Nenner zu einigen, der besagt, dass man nie wieder einer nicht-demokratischen ausländischen Macht vertraut, die das eigene Volk unterdrückt, Frauen diskriminiert und sexuelle Minderheiten brutal abstrafft“, meinte der Amia-Vorsitzende.

### ► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

#### Argentinien

- Kritik an Verfahren gegen Sala ..... 3
- Die Woche in Argentinien ..... 4

#### Meinung

- Macri schafft es doch ..... 5
- Im Blickfeld: Flurschäden ..... 6
- Randglossen ..... 8

#### Wirtschaft

- Lebac-Bestand der ZB

- um \$ 135,86 Mrd. verringert ..... 9
- Argentinien ..... 10
- Lateinamerika ..... 13
- Geschäftsnachrichten ..... 14

#### Wirtschaftsübersicht

- Der Inflationssprung vom Juni:  
wie geht es weiter? ..... 15
- Der Handelskrieg USA-China  
bietet Argentinien neue  
Exportmöglichkeiten ..... 18

Zbar beklagte zudem, dass die Aufarbeitung des Todes von Staatsanwalt Alberto Nisman immer noch nicht vorangekommen sei. Der Jurist, der in Sachen Amia ermittelte, wurde im Januar 2015 tot in seinem Appartement aufgefunden - unmittelbar bevor er seine Vorwürfe gegen die Kirchner-Regierung vortragen wollte. Diese bezichtigte er im Zusammenhang mit dem Iran-Memorandum der Behinderung der Justiz. Dass sich die Ermittlungen nun so lange hinziehen, bezeichnete Zbar als „unerträglich“.

Die aktuelle Nationalregierung war bei der Veranstaltung durch Vizepräsidentin Gabriela Michetti, Kabinetts-

chef Marcos Peña und Claudio Avruj, den Staatssekretär für Menschenrechtsfragen, vertreten. Zudem war Nicolás Almagro, der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), anwesend. Präsident Mauricio Macri sandte eine Grußbotschaft per Twitter. Darin betonte er die Verpflichtung, den Terrorismus zu bekämpfen und solange zu arbeiten, bis die vollständige Wahrheit ans Licht gekommen sei und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden.

## IMPRESSUM

# Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410  
C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 /  
4780-4353
- ▶ Internet: [www.tageblatt.com.ar](http://www.tageblatt.com.ar)
- ▶ E-Mail: [info@tageblatt.com.ar](mailto:info@tageblatt.com.ar)  
[atda@tageblatt.com.ar](mailto:atda@tageblatt.com.ar)  
(Digitale Ausgabe)  
[vereine@fibertel.com.ar](mailto:vereine@fibertel.com.ar)  
(Gemeinschaften)  
[atpublicidad@fibertel.com.ar](mailto:atpublicidad@fibertel.com.ar)  
(Anzeigenabteilung)  
[atsuscripciones@fibertel.com.ar](mailto:atsuscripciones@fibertel.com.ar)  
(Abonnements)

Folgen Sie uns  
auf Twitter!

@ATdeBuenosAires

### Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

**Propiedad de:** ALEMANN S.R.L.

**Director:** Dr. Roberto T. Alemann

**Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual:** N° 5.346.916

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

**Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)**



**Medienpreis  
Dialog für  
Deutschland  
2012**



**Swiss  
Award 2013**

# Kritik an Verfahren gegen Sala

## Internationale Juristenkommission in Jujuy vor Ort

Buenos Aires (AT/mc) - Keine guten Noten für die Justizbehörden der Provinz Jujuy: Eine internationale Juristenkommission kritisierte in deutlicher Form die Situation, in der sich Milagro Sala und weitere ihrer Mitstreiter seit zweieinhalb Jahren befinden. Damals wurde die Anführerin der Bewegung „Tupac Amaru“ wegen Landfriedensbruchs festgenommen. In der Folge leitete die Justiz auch ein Verfahren wegen Verdachts auf Veruntreuung öffentlicher Gelder ein (wir berichteten). Sala saß zunächst in Untersuchungshaft. Nach einer Intervention des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte befindet sie sich seit einigen Monaten in Hausarrest.

Die Juristen, die die Umsetzung des Urteils des internationalen Tribunals überprüfen wollten, kamen bei ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass in Jujuy der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt worden sei. Die Verwaltung von Gouverneur Gerardo Morales habe einen „Polizeistaat“ errichtet, der mit Terror regiere, so die Einschätzung der Kommission, der die auf Menschenrechtsfragen spezialisierten kolumbianischen Anwälte Francisco Ramírez Cuellar und Meyerly Garzón angehören.

„Milagro Sala stellt für Mauricio Macri eine politische Trophäe dar, deren Freilassung eine Niederlage für ihn be-

deuten würde“, formulierten die beiden Juristen gegenüber der regierungskritischen Zeitung „Página/12“. Macri ist politischer Verbündeter von Morales. Beide gehören dem Bündnis „Cambiamos“ (Verändern wir) an und hatten im Dezember 2015 ihre jeweiligen Ämter als Staatspräsident bzw. Provinzgouverneur angetreten.

„Das, was wir feststellen konnten, ist eine Verletzung fundamentaler Grundrechte“, moniert Garzón. Jede Person habe das Anrecht auf einen unparteiischen Prozess, bei dem zunächst die Unschuldsvermutung gelte. Vorwürfe müssten zudem hinreichend fundiert sein, ehe man zu freiheitseinschränkenden Maßnahmen während des Prozesses greife.

Im Falle Salas sehen die Juristen aber eher „Wut“ der Behörden am Werke, die sich daraus speise, dass Sala Anführerin einer missliebigen sozialen Bewegung sei, urteilt Garzón. Die Aktivistin werde von daher schlecht behandelt, bis hin zu körperlicher und seelischer Folter. Die gesundheitliche Versorgung werde verweigert, auch würden Familienangehörige Salas mit verfolgt und kriminalisiert, so die Einschätzung der Juristin gegenüber „Página/12“.

## Die Woche in Argentinien

### Spannungen in Bariloche

Neue Spannungen in Bariloche: Etwa 20 Mapuche-Aktivisten blockierten am Dienstag etwa vier Stunden lang die Ruta 40 und besetzten zeitweise Büros der Behörde argentinischer Nationalparks in dem Touristenort. Sie forderten das Gespräch mit Damián Mujica, dem Leiter der Behörde, der vor wenigen Tagen Anzeige gegen die Mapuche erstattet hatte, da diese das leerstehende „Hotel Mascardi“ im Nationalpark Nahuel Huapi okkupiert hatten. Das Gebäude befindet sich auf dem Gelände, auf dem vor einem Jahr der Aktivist Rafael Nahuel bei einem Polizeieinsatz ums Leben kam. Die Mapuche fordern die Aufklärung der Todesumstände. Die indigenen Aktivisten kämpfen um das Recht, auf dem Land ihrer Ahnen zu leben. Am Dienstag verließen sie die besetzten Büroräume erst, als ihnen die Einrichtung eines Runden Tisches sowie weitere Verhandlungen mit der Parkbehörde zugesagt wurden.

### Flüchtiger Offizier gefasst

Einer der meistgesuchten Offiziere der früheren chilenischen Militärdiktatur ist in Argentinien gefasst worden. Wie die französische Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf das argentinische Sicherheitsministerium mitteilte, handelt es sich um den einstigen Oberst Sergio Francisco Jara Arancibia, der in Mar del Plata festgenommen worden sei. Er soll an die chilenischen Behörden ausgeliefert werden. Jara Arancibia ist in seinem Heimatland wegen zweifachen Mordes zu einer 18-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die Verhaftung wurde möglich durch die Koordinierung von Interpol. Die Ermittler hefteten sich an die Fersen von Jara Arancibias Sohn, der sie schließlich zu dem Gesuchten führte.

### Keine Chance auf Auslieferung

Die argentinische Regierung hat sich vergeblich in Russland um die Auslieferung von Ali Akbar Velayati bemüht. Der einstige iranische Außenminister und heutige Sonderberater von Irans Präsident Hassan Rohani war vor wenigen Tagen in Moskau, wo er auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu Gesprächen

zusammentraf. Die argentinische Justiz verdächtigt Velayati, einer der Hintermänner des Attentats auf das jüdische Gemeindehaus Amia in Buenos Aires 1994 gewesen zu sein. Die russischen Behörden gaben dem Gesuch, das die argentinische Botschaft in Moskau eingereicht hatte, aber nicht statt. Velayati konnte stattdessen weiter nach China fahren, wo er ebenfalls zu politischen Gesprächen erwartet wurde. Zwar stellte Argentinien auch dort einen Antrag auf Auslieferung. Doch mit dem „Reich der Mitte“ besteht noch nicht einmal ein entsprechendes Abkommen.

### Soziales Engagement



U2-Sänger Bono und prominente Geschäftsleute wollen sich in Argentinien wohlätig engagieren. Konkret geht es um die Unterstützung des Bildungsprojekts TICMAS, das zum Ziel hat, Lese- und Schreibfähigkeit der unterprivilegierten Schichten zu verbessern und insbesondere die digitalen Kompetenzen auszubauen. Neben dem irischen Sänger unterstützen auch Richard Branson (Virgin Group), Reid Hoffman (LinkedIn), Pierre Omidya (eBay) sowie Laurence Powell Jobs, die Witwe von Steve Jobs, die Aktion. In Lateinamerika gibt es zwar auf 90 Prozent der Fläche eine Abdeckung mit Breitband-Internet. Doch nur die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zum Netz, da viele Menschen keine Möglichkeiten haben, sich mit der Technik vertraut zu machen. (AT/mc)

# Macri schafft es doch

Von Juan E. Alemann

**W**irtschaftlich geht es der Regierung nicht gut. Die Rezession hat sich in den letzten Wochen vertieft, und die sozialen Auswirkungen tauchen immer häufiger auf. Hinzu kommt, dass die Sparpolitik, die mit dem Internationalen Währungsfonds verpflichtet wurde, effektiv vollzogen wird, u.a. mit Beamtenabbau überall. Nachdem schon über zweieinhalb Jahre der Amtsperiode von Mauricio Macri verstrichen sind, wird dies weitgehend als ein Versagen dieser Regierung interpretiert, was politisch so ausgelegt wird, dass der Präsident keine Chance hat, im Oktober 2019 wieder gewählt zu werden. Allein, wenn man den Fall genauer untersucht, gelangt man zu anderen Schlussfolgerungen.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die Rezession voraussichtlich Anfang 2019 überwunden wird. Das wäre einmal eine Folge der für die Periode 2018/19 erwarteten Rekorderteinte von Getreide und Ölsaaten, die die Wirtschaftsleistung um über zehn Milliarden Dollar erhöht, eine große Kettenwirkung hat, und dabei zunächst die Konjunktur und die Stimmung in der Gegend der sogenannten feuchten Pampa total verändert. Hinzu kommt noch, dass sich die Rinderwirtschaft inzwischen erholt hat und auch eine höhere Fleischproduktion erwartet wird.

Doch darüber hinaus sollte sich die Wirtschaft bald normalisieren, da dank IWF-Unterstützung und hohem "realen" Wechselkurs keine weiteren Krisen auf dem Devisenmarkt vorgesehen sind. Ebenfalls ist mit einem Inflationsrückgang zu rechnen: Einmal weil die Zentralbank die Geldschöpfung unter Kontrolle hält, was auch wegen der starken Verringerung des primären Defizits der Staatsfinanzen ermöglicht wird. Zudem ist es der Regierung gelungen, dass die Lohnerhöhungen weit unter der Inflation liegen und diese somit nicht antreiben. Vor allem bei Staatsangestellten ist der Reallohnverlust bedeutend, und das wirkt sich nicht nur auf die Staatsfinanzen aus,

sondern es beeinflusst auch das Verhalten im privaten Bereich. Hinzu kommt noch die schleichende Wirkung der unzähligen kleineren (und oft nicht so kleinen) Investitionen und der ständigen Effizienzfortschritte, die im Zuge der technologischen Revolution vollzogen werden, die im Endeffekt Wachstum herbeiführen. Wenn die Regierung einigermaßen vernünftig vorgeht, dann kann man erwarten, dass die Konjunktur Mitte 2019 schon auf vollen Touren läuft. Und das schafft gewiss ein ganz anderes Szenarium für die Wahlen.

Abgesehen von dieser Analyse weisen zwei angesehene Meinungsforscher darauf hin, dass Macri die Wiederwahl gewinnt. Einer ist Jorge Giacobbe, der andere Eduardo Fidanza. Weitere Politologen sind nicht so kategorisch, denken aber auch nicht viel anders. An erster Stelle heben alle hervor, dass es vorerst keine Alternative gibt. Cristina Kirchner könnte Macri nicht besiegen, und beim "echten" Peronismus taucht keine Führungsfigur auf. Fidanza weist darauf hin, dass die meisten Menschen keine Rückkehr zur Vergangenheit wünschen, auch wenn viele erklären, dass es ihnen unter Cristina K. besser ging. Aber irgendwie überwiegt die Meinung, dass es jetzt eine andere Regierung nicht besser als diese machen würde und eventuell sogar schlechter. Tatsache ist, dass auch der "rationelle" Peronismus kein Programm hat, und die einzelnen Politiker dieser Gruppe es nicht verstehen, aus der Kritik an Macri eine positive Botschaft für den Fall eines Regierungswechsels zu machen.

Die Gesellschaft hat sich verändert, ist realistischer geworden. Die kulturelle Revolution, die die Grundlage dieser Regierung bildet, die im Wesen den Übergang auf Zustände bedeutet, die in fortgeschritteneren Ländern bestehen, befindet sich effektiv in Gang, und ein großer Teil der Gesellschaft meint, dass sie im Dezember 2019 weitergehen sollte.

## Im Blickfeld

# Flurschäden

Von Stefan Kuhn

**J**etzt ist es da, das Unwort. Geschrieben hat es Stefan Kuzmany, der Leiter des Berliner Hauptstadtbüros von Spiegel-online. Er nennt den mächtigsten Mann der Welt einen „Trottel“. Neu ist das nicht, aber für ein Leitmedium doch eine Art Tabubruch. „Zu dumm zum Lügen“ ist der Kommentar betitelt. Im Leserforum erfährt Kuzmany kollektives Schulterklopfen. Er spricht vielen aus dem Herzen. Der Journalist bezieht sein Urteil auf die Aussage Donald Trumps nach seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten in Helsinki. Es ging um die Einmischung Russlands in den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, die US-amerikanische Geheimdienste inzwischen als erwiesen ansehen. Trump sagte daraufhin: „Ich sehe keinen Grund, warum Russland das gewesen sein sollte.“ Putin habe ihm das versichert.

Trump's Beweggründe für diesen Satz sind klar. Es würde sein Ego enorm kränken, wenn er seinen Wahlsieg dem Kreml zu verdanken hätte. Er stößt sich schon immer wieder daran, dass seine demokratische Gegnerin Hillary Clinton fast drei Millionen Stimmen mehr bekommen hat. Gewonnen hat er dank der Wahlmännerstimmen. Dass Russland dafür den Ausschlag gegeben hätte, wäre schon ein große kognitive Dissonanz.

Dumm ist das nicht. Es ist eben Trump. Dass dem US-Präsidenten allerdings 24 Stunden nach seinem Statement aufgefallen ist, dass er sich versprochen hat, ist eine dreiste Lüge. „Ich sehe keinen Grund, warum Russland das nicht gewesen sein sollte“, habe er eigentlich sagen wollen. Das war ausgesprochen dumm. Es passt auch gar nicht in den Kontext. Er hätte kaum sagen können, dass Putin ihm

versichert habe, Russland hätte sich nicht in den Wahlkampf eingemischt, und ihn im nächsten Atemzug einen Lügner nennen. Trump hat die Aussage revidiert, weil ihn nach seiner Rückkehr in die USA ein wahrer „Shitstorm“ empfangen hatte. Immerhin hat er in Helsinki deutlich gemacht, dass er dem russischen Präsidenten mehr glaubt, als seinen Geheimdiensten. Das nahm ihm sogar sein Leib- und Magensender Fox News übel. Mit dieser Art von Dementi war er allerdings schlecht beraten.

Insgesamt war Trumps Europareise ein Desaster. „Mit der Abrissbirne durch Europa“ betitelt die sonst eher nüchterne dpa einen Bericht. Das ist treffend. Wo Trump auch hinkommt, hinterlässt er einen gewaltigen Flurschaden. In Brüssel zieht er über Deutschland her, nennt das Land einen „Gefangenen Russlands“, weil das Land Erdgas und -öl aus Russland bezieht und eine zweite Pipeline durch die Ostsee gelegt wird. Von den Nato-Partnern verlangt er höhere Militäretats, schwafelt von irrsinnigen vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die EU erklärt er zum wirtschaftlichen Feind der USA. In Großbritannien brüskiert er Premierministerin Theresa May, indem er ihren Brexit-Kurs zerlegt. Und in Helsinki kumpelt er mit Putin, obwohl er kurz vorher noch Deutschland wegen dessen Handelsbeziehungen zu Russland kritisiert hatte. Beim Treffen mit Putin war die Ostsee-Pipeline kein Thema.

Mit einem neutralen Blick könnte man über die mangelnde Sensibilität hinwegsehen. Man kennt Trump nicht anders. Man könnte, wen er wenigstens anständige Deals, derer er sich permanent selbst rühmt, herausgeholt hätte.

Von Putin hat er sich über den Tisch ziehen lassen. Deals gab es keine. Nichts Neues in der Ukraine oder in Syrien, vage Erklärungen über atomare Abrüstung. Das Treffen hat Putin aufgewertet, Trump hat sich klein gemacht. Dennoch hat das Treffen auch positive Seiten: Zum einen ist es nie schlecht, wenn man miteinander redet. Zum anderen wurde eine russische Kränkung beseitigt. Trumps Vorgänger Barack Obama hatte Russland zur Regionalmacht degradiert. Jetzt trifft man sich wieder auf Augenhöhe.

Über den Abstecher nach London muss man nicht viel Worte verlieren. Wenn ein Staatschef sich in die Innenpolitik eines Gastlandes einmischt, die Regierungschefin kritisiert und ihren innerparteilichen Gegenspieler lobt, sollte man ihn eigentlich des Landes verweisen. Vielleicht ist Trump ja ein kleines Lichtlein aufgegangen, denn vor seinem Gespräch mit Theresa May bezeichnete er seine eigenen Interview-Aussagen als Fake news.

Bei der Nato hat er so gut wie nichts erreicht. Dass sich die Mitglieder verpflichten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, war schon zuvor beschlossene Sache. Die von Trump geforderten vier Prozent sind ein Irrsinn. Nicht einmal die USA geben so viel aus, und die müssen

elf Flugzugträger und rund 750 Militärbasen auf allen Kontinenten unterhalten. Am Ende hielt nicht einmal Trumps Mindestforderung nach zwei Prozent bis 2019 stand. Es gelang ihm auch nicht, einen Keil unter die Nato-Länder zu treiben. 28 Länder standen gegen einen Mann. Trumps Bekenntnis zur Nato am Ende des Gipfels ist allerdings nicht viel wert. Wieder in den USA stellte er das Verteidigungsbündnis erneut in Frage.

In Europa wacht man allmählich auf. Nicht so wortgewaltig wie Spiegel-online-Kommentator Kuzmany, aber doch recht deutlich. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier etwa mahnte ein „neues europäisches Selbstbewusstsein“ an. „Zweifelloos schafft er für uns Risiken mit der Art und Weise, wie er Politik macht“, sagte der frühere deutsche Chefdiplomat in einem Interview über Trump.

Ob die Wählerinnen und Wähler in den USA ebenfalls aufwachen, wird man bei den Midterms, den Zwischenwahlen für den US-Kongress am 6. November sehen. Von den Trump-Anhängern stehen trotz allem noch 70 Prozent hinter ihrem Präsidenten. Aber dieses Amt steht erst im November 2020 zur Wahl.

## Randglossen

Bei der Fußballweltmeisterschaft in Russland, die am vergangenen Sonntag mit Frankreich als Sieger, Kroatien als Zweiter, Belgien als Dritter und England als Vierter abgeschlossen wurde, gelangten die traditionellen Fußballländer Südamerikas, Argentinien, Uruguay, Brasilien und Kolumbien, nicht in die Schlussrunden, die von rein europäischen Fußballländern ausgetragen wurden. Immerhin konnte die argentinische Mannschaft den siegreichen Franzosen drei Tore gegen vier der Franzosen verpassen. Das gelang mit zwei zu vier Toren nicht einmal dem Überraschungsfinalisten Kroatien. Doch das ist ein schwacher Trost: Argentinien schied im Achtelfinale aus, und Europa siegte über Südamerika. Die besten vier Mannschaften der Welt stammen vom Alten Kontinent.

Die deutschen Parteien haben einen Hang zur Selbstverstümmelung. Die Grünen und auch die AfD schon seit ihrer Gründung, allerdings stehen beide in der Wählergunst derzeit ganz ordentlich da. Der AfD ist es dabei gelungen, konservative und rechtsliberale wegzukeln und sich als rechtsextreme Partei zu etablieren. Die FDP hat sich ohne Not vor der Regierungsverantwortung gedrückt und spürt die Nachwehen noch heute in den

Umfragen. Über die SPD muss man gar nicht reden, und die Unionsparteien haben sich in einem irrwitzigen Streit um die Flüchtlingspolitik zerstritten. Was den Innenminister und Heimatschützer Horst Seehofer (CSU) da geritten hat, weiß wohl nur er selbst.

Kaum ist der Streit der Schwesterparteien halbwegs beigelegt, ist die streitsüchtigere der beiden im Streit mit sich selbst. Markus Söder, Seehofers innerparteilicher Gegner und Nachfolger als bayrischer Landesvater, ist inzwischen schlauer geworden. Alleine ist er nicht darauf gekommen, dass das Theater seines Parteifreundes in Berlin auf gut bayrisch ein „rechter Schmarrn“ war. Die Demoskopen haben ihn darauf hingewiesen. Der CSU droht bei den Landtagswahlen ein Desaster. Söder, der anfangs noch mit sabotiert hatte, schlägt jetzt mäßigere Töne an, stellt sich aber auf eine Niederlage in Oktober ein. Wenn, dann sei Berlin schuld, sagt er und meint Seehofer. Der wiederum kontert, er habe bei den letzten Wahlen die absolute Mehrheit erreicht. Ja mei, was soll man dazu sagen? Letztlich haben beide Recht.

# Lebac-Bestand der ZB um \$ 135,86 Mrd. verringert

Bei der Ausschreibung der ZB-Wechsel Lebac hat die ZB nur \$ 74,4% des Betrages der Titel, die verfielen, durch neue Zeichnungen ersetzen können. Insegsamt verfielen Lebac im Nennwert von \$ 529,32 Mrd., und die neuen Zeichnungen betrugen \$ 392,86 Mrd, woraus sich die Differenz von \$ 135,86 Mrd. ergibt. Die Offerten lagen mit \$ 399,21 Mrd.knapp über dem zugeteilten Betrag.

Die Zeichnung von Lebac war indessen immer noch hoch. Doch das wurde vornehmlich dadurch erreicht, dass die Banken diese Lebac auf ihre Mindestreserven auf Depositen anrechnen konnten, so dass sie keine eigenen Mittel dafür einsetzen und dabei ein sehr gutes Geschäft machen. Denn diese obligatorischen Reserven

werden nicht verzinst, und jetzt erhalten die Banken auf einen Teil derselben einen sehr hohen Zinssatz, der eine Nettoeinnahme für sie darstellt.

Die neuen Lebac wurden vorwiegend sehr kurzfristig untergebracht, so dass der Bestand der ZB noch kurzfristiger geworden ist, was bedeutet, dass weiterhin hohe Beträge untergebracht werden müssen, um die Lebac zu ersetzen, die amortisiert werden. \$ 330,78 Mrd. wurden zu 46,50% (knapp unter den 47% der Vorwoche) auf 28 Tage untergebracht, \$ 36,89 Mrd. zu 45% auf 63 Tage, \$ 20,23 Mrd. zu 43,75% auf 91 Tage, und \$ 6,58 Mrd. zu 42,35% auf 126 Tage.

## Argentinien

**Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 28,34, gegen \$ 28,80 in der Vorwoche.** Dabei verkauften die Banken Nación und Ciudad u\$s 250 Mio., die zu den u\$s 100 Mio. hinzukamen, die die ZB täglich versteigert. Ein Teil des Betrages der Amortisation von Lebac, der nicht in den gleichen Titeln angelegt wurde, wurde für Dollarkäufe eingesetzt. Die ZB-Reserven lagen bei u\$s 58,92 Mrd., gegen u\$s 61,08 in der Vorwoche. Der Rofex-Terminkurs lag zum 18.6.2019 bei \$ 32,36, was einen Jahreszinssatz von 37,54% zum Ausdruck bringt.

\*\*\*

**Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires ging in einer Woche zum Mittwoch um 0,69% zurück, und lag somit um 10,05% unter Ende Dezember 2017.**

\*\*\*

**Die argentinischen Staatstitel verzeichnen in einer Woche zum Mittwoch allgemeine Kursrückgänge.** Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentina 2019: -9,35%; Argentina 2021: -0,56%; Argentina 2026: -0,11%; Argentina 2046: +0,35%; Bonar 2014: -1,58%.

\*\*\*

**Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 18 Karat zu \$ 627,98 pro Gramm gehandelt (Vorwoche: \$ 656,81), und bei 24 Karat zu \$ 1.034,33 (1.081,50).**

\*\*\*

**Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 18.7.18 um 27,67%, und das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, nahm um 25,84% zu.**

\*\*\*

**Die gesamten Bankdepositen in Pesos stiegen in 12 Monaten zum 18.6.18 um 39,06% auf \$ 2,35 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen um 46,87% auf \$ 1,62 Bio. zu.** Die Dollardepositen stiegen in der gleichen Peri-

ode um 8,04% auf u\$s 31,95 Mrd. und die Dollarkredite nahmen um 20,73% auf u\$s 16,32 Mrd. zu.

\*\*\*

**Die Regierung hat den Provinzgouverneuren am Mittwoch mitgeteilt, dass der Betrag von \$ 300 Mrd., der 2019 gespart werden muss (bis vor kurzem sollten es \$ 200 Mrd. sein), nicht je zur Hälfte auf den Bundesstaat und die Provinzen entfallen werden, wie es angekündigt worden war, sondern zu zwei Drittel auf den Bundesstaat und ein Drittel auf die Provinzen.** Auch das stellt eine drastische Verringerungen zur Zuwendungen an die Provinzen dar, die diese über ihre Beteiligung am Erlös der nationalen Steuern erhalten. Da diese Mittel jedoch weitgehend für Finanzierung von Infrastrukturprojekten eingesetzt werden, dürfte es in vielen Fällen einen Ausgleich durch PPP-Projekte der öffentlich-privaten Zusammenarbeit geben.

\*\*\*

**Das Innenministerium hat den Bau des Staudammes "El Tambolar" in der Provinz San Juan, ausgeschrieben, der eine Investition von u\$s 750 Mio. darstellt.** Der Bau umfasst auch den Raum, in dem in einer zweiten Etappe, die Anlagen für ein Kraftwerk untergebracht werden sollen. Doch zunächst dient der Damm für die Regulierung des Wassers des Flusses San Juan und für Bewässerung. Die Bauzeit wurde auf 60 Monate veranschlagt, und der Bau soll 1.500 direkte und 3.000 indirekte Arbeitsplätze schaffen.

\*\*\*

**Im Juni wurden 136.787 gebrauchte Automobile, Kleinlaster und Lastwagen verkauft, 4,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat und 15,4% unter Mai 2018, berichtet die Agenturenkammer CCA (Cámara de Comercio Automotor) mit.** Demnach wurden im ersten Halbjahr 2018 874.325 gebrauchte Kfz verkauft, 7,7% über dem Vorjahr.

\*\*\*

**Die Regierung untersucht gegenwärtig die Möglichkeit, Staatsinvestitionen auf dem Gebiet der Infrastruktur, die für 2019 vorgesehen sind, so weit wie möglich auf das PPP-System der öffentlich-privaten Zusammenarbeit zu verlagern.** Ohne eine starke Kürzung dieser Staatsinvestitionen kann das mit dem IWF vereinbarte Defizitziel nicht erreicht werden. Doch auf der anderen Seite will die Regierung den vorgesehenen Umfang von Intrastrukturinvestitionen erhalten, sowohl als Konjunkturstütze, wie im Hinblick auf die langfristige Entwicklung. Die Umleitung auf das PPP-System umfasst auch das Wasserkraftwerk Chihuidos, in Neuquén, das mit der deutschen Voith Hydro in Verbindung mit der lokalen Helpport (Eurnekian-Konzern) verpflichtet worden war. Da hier der Kredit mit Hermes-Versicherung schon zugesagt worden ist, dürfte kein Problem bei der Umwandlung in einen PPP-Vertrag bestehen.

\*\*\*

**Der Umfang der Bankkredite mit UVA-Wertberichtigung (die sich an den Index der Konsumentenpreise hält), die zu über 80% für Hypothekarkredite für die Finanzierung von Eigenwohnungen eingesetzt werden, lag im Juni laut ZB-Bericht mit \$ 7,6 Mrd. um 42% unter Mai.** Das ist eine direkte Folge der Abwertung, die die Wohnungspreise, die in Dollar berechnet werden, in Pesos in die Höhe getrieben hat, so das ein höherer Kreditbetrag notwendig ist, der in vielen Fällen nicht aufgebracht werden kann.

\*\*\*

**Die argentinische Sojabohnenernte der Periode 2017/18, deren Auaat im Oktober beginnt, wird von Landwirtschaftsdepartement der USA (USDA) auf die Rekordzahl von 57 Mio. Tonnen geschätzt, eine Million Tonnen mehr als die Juni-Schätzung ergab.** Für Mais verbleibt die USDA bei 41 Mio. Tonnen und für Weizen bei 19,5 Mio. Die USDA-Schätzungen beruhen auf Satellitenaufnahmen, die von Fachleuten ausgewertet werden. Erfahrungsgemäss sind diese Schätzungen sehr genau.

\*\*\*

**Bei den Rinderschlachtungen stand im 1. Halbjahr**

**2018 die Firma Minerva mit 205,655 Rindern an erster Stelle.** Es folgen die Supermarktkette Coto mit 192.107 Tieren, Frigorífico Rioplatense mit 174.384 Rindern, Frigorífico Gorina mit 155.634, Friar mit 154.639, Arre Beef mit 137.715, Compañía Bernal mit 105.948, Ecocarnes mit 106.948, Frigolar mit 106.520 und Mattievich mit 104.673 Rindern. Coto hat nach dem Kauf des Schlachthofs Fricop, der geschlossen war, die Schlachtungen gegenüber dem Vorjahr um 84,4% erhöht und ist auf den zweiten Platz aufgestiegen, nachdem diese Firma im 1. Halbjahr noch den 7. Platz einnahm.

\*\*\*

**Das Produktionsministerium hat im ersten Halbjahr 2018 17 Dumpingklagen behandelt, und in mehreren Fällen dabei Zusatzzölle eingeführt.** Es handelt sich vorwiegend um Textilien, aber auch um Zubehörteile für Kfz (u.a. Stoßdämpfer), Werkzeuge und Haushaltsgeräte. In den meisten Fällen handelt es sich um Importe aus China, und an zweiter Stelle stehen solche aus Basilien.

\*\*\*

**Durch Beschluss 529/18 des Justizministeriums hat die Regierung den Betrag des Kapitals von Aktiengesellschaften von \$ 10 auf \$ 50 Mio. erhöht, über dem eine ständige staatliche Kontrolle besteht.**

\*\*\*

**Das Amt für öffentliche Einnahmen, AFIP, dem das Steueramt und das Zollamt unterstehen, hat eine Liste von 28 Restaurants, 26.000 Bäckereien, 25.000 landwirtschaftlichen Betrieben, 2.500 Teigwarenfabriken u.a. Unternehmen entdeckt (insgesamt sind es zunächst 120.000), bei denen der Umfang der Tätigkeit nicht entfernt mit der Zahl der legal Beschäftigten übereinstimmt.** Sie wurden zunächst schriftlich aufgefordert, ihre Lage in Ordnung zu bringen, was bedeutet, dass sie Schwarzarbeiter legalisieren müssen. Da viele nicht in der Lage sind, dies zu tun (besonders solange das entsprechende Gesetzesprojekt nicht im Kongress verabschiedet wird), weil dies sehr kostspielig ist und sie Mittel nicht haben, müssen sie Personal entlassen, was die Arbeitslosigkeit erhöht. Wenn es jedoch zu zahlreichen Konflikten

kommt, dürften die Deputierten das Thema schließlich doch behandeln.

\*\*\*

**Die internationale Consulting-Firma TMF-Group, die 7.000 Unternehmen in 84 Ländern berät, hat ermittelt, dass Argentinien auf Platz vier gelangt, wenn die Erfüllung der legalen Forderungen und Amtsverfahren erwogen wird.** In Lateinamerika steht Argentinien bei der Komplexität an erster Stelle. Dennoch anerkennt TMF, dass die Macri-Regierung sich bemüht, die Normen zu vereinfachen, wobei viele Änderungen sich im Stadium der Durchführung befänden. Der Bericht weist auf die Vereinfachung der Gründung von Aktiengesellschaften und G.m.b.Hs. hin, ebenso auf das Schnellverfahren für die Eintragung von neuen Gesellschaften, das nur 24 Stunden beansprucht, und die Schaffung einer digitalen Plattform, die erlaubt, Amtsverfahren per Internet abzuwickeln. Obwohl langfristig eine spürbare Besserung erwartet wird, haben viele Unternehmen zunächst Schwierigkeiten bei der Anpassung an die neuen Normen.

\*\*\*

**Präsident Mauricio Macri empfing am Montag Vertreter der Schlachthöfe u.a. Unternehmer der Rindfleischwirtschaft, die zunächst darauf hinwiesen, dass die Rindfleischproduktion unter dieser Regierung um ca. 10% zugenommen habe, und die Exporte um 60% gestiegen seien.** Die internen Preise für Rindfleisch seien unter dieser Regierung um ca. 50% gestiegen, bei einer Inflation von 90%. Bei der Zusammenkunft wurde auch das ab 2016 eingeführte Kontrollsystem der Rindfleischwirtschaft erläutert, bei dem die hohe Hinterziehung erfasst wird, die bei Landwirten, Schlachthöfen, Händlern ("matarifes") und Metzgern bestand, die laut AFIP von 70% des theoretischen Betrages der zu zahlenden Steuern auf unter 30% verringert worden ist. Die Schlachthöfe verfügen jetzt über ein System von Waagen, die einem Computersystem angeschlossen sind, wobei auch eine Anzahlung an die MwSt. gefordert wird, um eine Schlachtung zu genehmigen. Präsident Macri wies auch darauf hin, dass mit den Provinzen über einheitliche Sa-

nitätsnormen verhandelt werde.

\*\*\*

**Das Schatz- und Finanzministerium hat am Montag \$ 44,95 Mrd. Schatztitel BOTE 2020 untergebracht.** Es handelt sich um einen Titel in Pesos mit einer Laufzeit von 2 Jahren. Im Juni waren BOTE-Bonds 2020 für \$ 55,75 Mrd. untergebracht worden. Dieses Mal wurden die Titel zu \$ 1.019,50 je \$ 1.000 Nennwert untergebracht, was eine Rendite von 26% ergibt, die weit unter der Lebac der ZB liegt, und auch unter gegenwärtigen Inflationsrate. Die BOTE wurden fast vollständig von Banken übernommen, denen die ZB erlaubt, sie auf die Mindestreserven auf Depositen anzurechnen. Auf diese Weise werden diese Zwangsreserven zum Teil verzinst, während dies normalerweise nicht der Fall ist. Das hat eine expansive monetäre Wirkung.

\*\*\*

**Die Regierung hat am Donnerstag eine Gruppe von provinziellen Finanzministern einberufen, um die Kürzung der Ausgaben für 2019 zu besprechen.** Nachdem es jetzt um eine Erparnis (oder zusätzliche Einnahmen) von \$ 300 Mrd. gehen soll, \$ 100 Mrd. mehr als ursprünglich vorgesehen, müssen tiefgreifende Massnahmen ergriffen werden, wobei die Regierung erwartet, dass etwa die Hälfte des zu sparenden Betrages auf die Provinzen entfällt. Das Institut Iaraf, das sich mit Staatsfinanzen und Steuern befasst (geleitet von Nadin Argañaraz), weist darauf hin, dass die sozialen Ausgaben, die gesetzlich indexiert sind, 2019 um \$ 429,45 Mrd. zunehmen werden, so dass die nicht indexierten Staatsausgaben um \$ 148,10 Mrd. abnehmen müssen, wobei die Verringerung nur \$ 103 Mrd. betragen müsste, wenn die jüngste Steuerreform korrigiert wird und die weitere Verringerung der Exportsteuer auf Sojabohne aufgehoben wird.

\*\*\*

**Das Zentrum für die Ausbildung und Studien über Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung (Cetyd), das von der Universität San Martín abhängt, geleitet vom ehemaligen Arbeitsminister der Kirchner-Regierungen (2003-2015), Carlos Tomada, hat bei einer Umfrage un-**

ter Arbeitnehmern ermittelt, dass die Hälfte befürchtet, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das führt dazu, dass sie der Erhaltung des Arbeitsplatzes Vorrang vor Lohnerhöhungen und Erhaltung des Reallohnes geben, was die Gewerkschafter zwingt, bei ihren Forderungen vorsichtig zu sein.

\*\*\*

**Die Zahl der Prozesse, die im 1. Quartal 2018 wegen Arbeitsunfällen und -krankheiten eingeleitet wurde, lag mit 18.843 um 33,6% unter der gleichen Vorjahresperiode, teilt die Aufsichtsbehörde der Arbeitsrisikogesellschaften mit.** Die Zahl der Urteile hat in dieser Periode um 4,8% abgenommen. Dabei ist ein Ersparnis von \$ 11,44 Mrd. eingetreten, so dass die Kosten der Versicherung um durchschnittlich 1,3 Prozentpunkte gefallen sind. Das ist ein Erfolg der Reform, die die Macri-Regierung durchgeführt hat, die jedoch in vielen Provinzen immer noch nicht angenommen wurde.

\*\*\*

**Die Beschäftigung stieg im ersten Quartal 2018 um 2,7%, berichtet das INDEC.** Doch dabei stieg die Schwarzarbeit um 15,8% und die legale Beschäftigung nur um 1,1%. Die gesamte Beschäftigung im privaten Bereich betrug 16,9 Mio. Menschen, von denen 4,9 Mio. (29%) schwarz beschäftigt waren.

\*\*\*

**Das Gesetz über Bevorzugung lokaler Unternehmen bei Käufen und Aufträgen des Staates, das vor drei Monaten verabschiedet wurde, soll jetzt im August in Kraft treten, nachdem die Reglementierung schon fertig ist.** Das neue System ist in Rezessionszeiten für viele Unternehmen von großer Bedeutung.

\*\*\*

**Die Bank für die Entwicklung von Lateinamerika (vormals als Andenkörperschaft, CAF, benannt), hat**

**einen Kredit von u\$ 400 Mio. für Argentinien genehmigt, der vornehmlich für die Finanzierung von Investitionen auf dem Gebiet des Transports und der Infrastruktur eingesetzt werden soll.** U\$ 150 Mio. sind für die Erneuerung der Eisenbahnstrecke der Belgrano-Bahn, von Tapicales bis Marinos del Crucero General Belgrano, bestimmt. Weitere u\$ 100 Mio. sind für das Elektrifizierungsprogramm der regionalen Eisenbahnen der Provinz Buenos Aires bestimmt. Und schließlich kommen noch u\$ 150 Mio. hinzu, die für das Programm der Entwicklung des Kapitalmarktes für die produktive Finanzierung bestimmt sind.

\*\*\*

**Das Nationale Amt für die Regulierung der Gaswirtschaft ENARGAS hat die Produzenten und Vertriebsunternehmen von Gas auf Anweisung des Energieministeriums einberufen, damit sie über die Änderung der Verträge verhandeln, die letztes Jahr abgeschlossen wurden, um auf diese Weise die grosse Tarifierhöhung, die bei Gas im Oktober bevorsteht, zu mildern.** Die Regierung hat einen Mittelweg gesucht, zwischen der Tarifierhöhung und höheren Subventionen. ENARGAS-Präsident Mauricio Roitman, hat schon die entsprechenden Briefe an Metrogas, Gas Fenosa, Camuzzi u.a. Unternehmen verschickt, damit sie die Verhandlungen mit ihren Lieferanten aufnehmen.

\*\*\*

**Die Kammer der Lederwarenfabrikanten hat darauf hingewiesen, dass die Importe der von ihnen erzeugten Produkte im ersten Halbjahr 2018 um 50% über dem Vorjahr lagen, was sich bei einer Abnahme des Konsums von etwa 30% besonders stark auf die lokale Industrie auswirkt. 70 Fabriken seien schon geschlossen worden, und 3.000 Arbeiter hätten ihren Arbeitsplatz verloren.**

\*\*\*

## Lateinamerika

**Die Regierung von Kuba will weitere Möglichkeiten für die Privatwirtschaft schaffen.** Das Projekt der Verfassungsreform besteht zwar auf dem "sozialistischen Staatseigentum der grundsätzlichen sachlichen Produktionsmittel", fügt aber die Anerkennung der Rolle des Marktes und von neuen Eigentumsformen, darunter das Privateigentum, hinzu. Das Projekt sieht auch die Möglichkeit und Bedeutung von Auslandsinvestitionen vor. Seit dem Erlass des Gesetzes über Auslandsinvestitionen vom März 2014 wurden schon 104 Einzelfälle genehmigt. In den meisten Fällen handelt es sich jedoch um Gesellschaften mit dem kubanischen Staat. Mit der Verfassungsreform will die Regierung ausländischen Investoren eine

solidere juristische Grundlage bieten.

\*\*\*

**Die brasilianische Wirtschaft hatte im Mai 2018 den schlimmsten Rückfall in 15 Jahren.** Der Index der wirtschaftlichen Tätigkeit, den die ZB berechnet, ging im Mai um 3,34% zurück. Somit wird jetzt mit einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes für dieses Jahr von 1,6% gerechnet, statt 3%, wie vorher angenommen wurde. Die Verringerung der Wirtschaftsleistung war eine direkte Folge des Lastwagenstreiks, der das ganze Land längere Zeit lahmgelegt hat.

## Geschäftsnachrichten

### **Ernst & Young**

Dieses multinationale Unternehmen, das weltweit eine führende Stellung auf dem Gebiet der Unternehmenskontrollen und -beratung hat, hat eine Investition von u\$ 7 Mio. in einem Gelände von 2.494 qm im technologischen Distrikt von Parque Patricios, in der Bundeshauptstadt, bekanntgegeben. Dort sollen ca. 100 Angestellte untergebracht werden, die meisten qualifizierte Informatikfachleute. Die technologische Revolution stellt auch Ernst & Young vor neue Herausforderungen, die mit der Einführung von Computertechnologie zusammenhängen.

### **Fluence Argentina**

Diese Firma, die sich mit Wasserreinigung, Abwassersystemen u.a. Themen befasst, die Industriebetriebe betreffen, hat u\$ 3,5 Mio. in einem neuen Industriebetrieb investiert, der ihr erlaubt, den Gemeinden die letzte Technologie für ihre Wasserprobleme zu bieten.

### **Supercanal**

Dieses Kabelfernsehunternehmen, das in 14 Provinzen anwesend ist und zwischen 400.000 und 500.000 Kunden zählt, wurde von ihren Besitzern Daniel Vila und José

Luis Manzano (ehemaliger Innenminister von Menem), an den Investmentfonds CVI-Austral verkauft. Der Kauf und die Legung eines neuen optischen Kabelnetzes und des digitalen Dienstes stellt eine Investition von fast u\$ 400 Mio. dar.

### **Coca Cola**

Die lokale Filiale dieses US-Unternehmens hat eine Investition von u\$ 20 Mio. in ihrer Fabrik im Vorort Pilar bekanntgegeben, die zur Erzeugung des alkoholfreien Getränkes AdeS bestimmt ist. Dieses Getränk, auf der Grundlage von Sojabohne, wurde in Tucumán von Juan Martín Allende entwickelt, dann 1992 an die US-Firma Refinerías de Maiz verkauft, die es im Jahr 2000 an die niederländische Unilever verkaufte, die es schließlich an Coca Cola für u\$ 575 Mio. verkaufte. Diese Firma wies darauf hin, dass die Aufnahme der Produktion und des Betriebes von AdeS zur neuen Unternehmensstrategie gehöre, die auf die Änderung der Konsumgewohnheiten der Bevölkerung hinziele. Grundsätzlich gehe es dabei um die Verringerung des Zuckergehaltes und der Kalorien der Getränke.

# Der Inflationssprung vom Juni: wie geht es weiter?

Von Juan E. Alemann

**D**er Index der Konsumentenpreise des Statistischen Amtes (INDEC, Instituto Nacional de Estadística y Censos), mit dem die Inflation gemessen wird, ergab für Juni 2018 eine Zunahme von 3,7%, die höchste seit Mai 2016, als die korrekte Berechnung (ohne die Mogleien, die Handelssekretär Guillermo Moreno eingeführt hatte) wieder veröffentlicht wurde und +4,2% ergab. Obwohl die Zunahme vom Juni erwartet wurde und die Schätzungen der privaten Ökonomen, die sich mit dem Thema befassen, nicht weit entfernt von der offiziellen Zahl lagen, hatte dies eine Schockwirkung.

Das Ergebnis wurde auch durch zwei Umstände getrübt: einmal, dass die Kerninflation (bei der öffentliche Dienste, staatlich kontrollierte Preise und saisonale Faktoren ausgenommen werden) mit +4,1% nicht weit entfernt von Gesamtindex lag, so dass dieser ohne diese Preise auch um ca. 3,5% gestiegen wäre, und dann, dass der Index der Grossistenpreise um 6,5% zugenommen hat, nach 7,5% im Mai, was sich dann auf die Preise der Konsumgüter überträgt.

In 6 Monaten 2018 lag die Zunahme bei 16%, und in 12 Monaten zum Juni bei 29,9%. Hochgerechnet auf ganz 2018 ergibt die Zunahme des ersten Halbjahres 34,56%. Die Zunahme im 1. Halbjahr 2018 liegt schon über der, die im Abkommen mit dem IWF angegeben wird, so dass schon jetzt eine Genehmigung (waiver) erforderlich ist. Das sollte kein Problem darstellen, doch der IWF dürfte die Regierung warnen, und darauf hinweisen, dass dies nicht weitergehen kann. Der Index der Grossistenpreise stieg im 1. Halbjahr um 30,3%, was hochgerechnet auf das ganze Jahr 69,78% ergibt. Das ist bedenklich.

Die Zunahme liegt im Juni und im 1. Halbjahr bei den einzelnen Sparten, die den Index bilden, wie folgt:

Sparte	Juni	1. Halbjahr
Personentransport.....	5,9%	17,3%
Nahrungsmittel und Getränke.....	5,2%	22,0%
Gesundheitsbetreuung.....	4,3%	14,5%
Haushaltsausstattung.....	4,0%	15,7%
Freizeitausgaben und Kultur.....	3,4%	14,2%
Verschiedene Güter u.		
Dienstleistungen.....	3,2%	13,6%
Restaurants und Hotels.....	2,7%	15,0%
Wohnung und öffentliche		
Dienste.....	2,7%	16,1%
Bekleidung und Schuhe.....	1,9%	11,3%
Erziehung.....	1,2%	20,2%
Alkoholische Getränke und		
Tabakwaren.....	0,5%	8,8%
Fernverbindungen.....	0,4%	29,4%

Die Wirkung der Abwertung kommt vornehmlich bei Nahrungsmitteln zum Ausdruck, weil Argentinien weitgehend Weizen, Ölsaaten (auch Speiseöl) und Rindfleisch exportiert, die auch beim internen Nahrungsmittelverbrauch ein starkes Gewicht haben. Hinzu kommt noch Mais, mit dem Hühner und Schweine gefüttert werden, die auch den Nahrungsmittelkorb bilden. Die Abwertung wirkt sich auch stark auf Brennstoffe aus, die dann auch die Kosten für Strom weitgehend bestimmen. Und dann führt die Abwertung auch zu Preiserhöhung bei importierten Gütern und den lokalen hergestellten, die mit diesen konkurrieren. Bei der Zunahme der Nahrungsmittelpreise hat sich auch die intensive Kälte ausgewirkt, die die Gemüseproduktion beeinträchtigt.

Die Übertragung der Abwertung ist jedoch im Juni nicht beendet, wie es der Index der Grossistenpreise zum

Ausdruck bringt, der sich in den nächsten Monaten auf die Einzelhandelspreise überträgt.

Die Abwertung wirkt sich jedoch viel weiter aus, weil in vielen Fällen die internen Preise sich auch dann mehr oder weniger an den Dollar halten, wenn sie nichts mit dem Wechselkurs zu tun haben, wie es besonders bei persönlichen Dienstleistungen der Fall ist. Was jedoch in diesem Fall die Übertragung bremst, ist die Rezession. Denn schließlich bestimmt der Markt und nicht der Anbieter die Preise.

Wenn man alles zusammenfasst, gelangt man zum Schluss, dass die Zunahme des Indices der Konsumentenpreise im Juli nicht weit unter Juni liegen dürfte. Erst danach kann eine Beruhigung erwartet werden, einmal, weil zu erwarten ist, dass nicht mehr oder nur wenig abgewertet wird, und dann, weil die Rezession sich vertieft und Preiserhöhungen entgegenwirkt. Ebenfalls hat die Rezession die Wirkung, dass die Gewerkschaften nicht auf den Reallohnthese bestehen, so dass Löhne und Gehälter weniger als die Inflation steigen. In sehr vielen Fällen liegen die Erhöhungen bei 20% und in wenigen bei 25%.

Im öffentlichen Bereich bleibt es bei 15%, und das trägt zur Verringerung des Staatsdefizits bei, weil die Steuereinnahmen grundsätzlich im Ausmaß der Inflation zunehmen. Hier ergibt sich das Paradoxon, dass die Inflation zur Verringerung des Defizits beiträgt, das eine Ursache der Inflation ist. Wenn man die Zahl der Staatsangestellten kurzfristig kaum verringern kann, dann muss das gleiche Gesamtergebnis eben durch eine Senkung der realen Gehälter erreicht werden. Bei Stabilität erfordert dies eine nominelle Senkung, die nicht möglich ist. Bei Inflation ergibt sich dies von selbst. Die hohe Inflation gleicht auch die Wirkung der hohen Zinsen aus, die bei Stabilität oder niedriger Inflation untragbar wären.

Der Inflationssprung wirkt störend auf die Wirtschaft. Eine Inflation um die 20% jährlich ist in Argentinien irgendwie einkalkuliert und wird als normal betrachtet. Sie stört die Wirtschaft kaum, obwohl eine einstellige Inflation oder Stabilität bestimmt besser wären. Aber bei 30% taucht sofort das Gespenst der Hochinflation und

der Hyperinflation auf, und das behindert die normale Wirtschaftsentwicklung, und schafft auch ein allgemeines Verhalten, das zur Beschleunigung der Inflation beiträgt. Denn dann werden Preise schon im Hinblick auf eine höhere Inflation erhöht.

Die Regierung muss jetzt das Inflationsproblem wirklich ernst nehmen, um zu erreichen, dass die Rezession im 1. Quartal 2019 überwunden wird, wie es sein sollte. Denn objektiv besteht kein Grund für eine verlängerte Rezession. In diesem Sinn muss folgendes berücksichtigt werden:

► Der Wechselkurs muss verwaltet werden, so dass es keine weiteren Sprünge gibt, sondern höchstens eine Abwertung, die die interne Inflation begleitet. Auf alle Fälle muss die Abwertung zunächst unter der Inflation liegen. Die Beeinflussung des Wechselkurses darf jedoch nicht nur auf der direkten Intervention der ZB beruhen, sondern sie muss auch eine Zahlungsbilanzpolitik einschließen, die das Defizit der Leistungsbilanz verringert und auch die Kapitalflucht hemmt. Wir haben dieses Thema vor kurzem ausführlich erläutert.

► Die internen Preise von Gas, Benzin und Dieselöl können nicht weiter voll an die internationalen Preise gekoppelt werden. Es muss ein Preissystem geschaffen werden, mit differenzierten Preisen für Gas und Rohöl aus neuen und alten Lagern, und einem Ausgleich von Schwankungen des internationalen Preises und des Wechselkurses. Dabei müssen die Unternehmen, die sich mit der Förderung von Öl und Gas, dem Transport, der Verarbeitung und dem Vertrieb befassen, weiter einen Anreiz für Investitionen haben. Das ist alles nicht einfach, aber es muss versucht werden.

► Bei den Tarifen für öffentliche Dienste muss die fehlende Zunahme, um die Subventionen auszugleichen, gestreckt werden, wobei in bestimmten Fällen die Subventionen beibehalten werden müssen.

► Die Lohnpolitik muss hart bleiben, mit keinen weiteren Zulagen für die nächsten Monate.

► Die Zinspolitik der ZB muss aufhören. Die Lebac, deren

hohe Zinsen eine verheerende Wirkung auf das ganze Zinsgefüge haben, müssen kurzfristig durch Schatzscheine in Dollar ersetzt werden. In Argentinien wird weitgehend in Dollar gespart, und das bedeutet, dass auch Kredite an den Staat und die Privatwirtschaft entsprechend auf Dollar lauten müssen. Es ist gewiss viel vernünftiger, wenn das Schatzamt Zinsen von 4% und 4,5% in Dollar zahlt, wie es unlängst der Fall war, als wenn die ZB Zinsen von fast 47% in Pesos zahlt, die eine hohe Inflation voraussetzen, da sie sonst real absurd hoch wären.

► Es müssen wieder Exportzölle eingeführt werden, und die schrittweise Senkung der Exportzolls für Sojabohne muss aufgehoben werden. Dadurch wird die Wirkung

der Abwertung auf die internen Preise verringert und die Umverteilung des Volkseinkommens zu Gunsten der Landwirte begrenzt.

Es gibt bestimmt noch weitere Einzelmaßnahmen, um die Inflationsrate stark zu senken, so dass zunächst die "argentinische Normalität" wieder hergestellt wird. Die Regierung bemüht sich in letzter Zeit intensiv um die Senkung des Staatsdefizits, und das ist gut so. Aber es genügt nicht. Die Inflation hat, ganz besonders in Argentinien, vielfältige Ursachen, und alle müssen gleichzeitig angegangen werden.

# Der Handelskrieg USA-China bietet Argentinien neue Exportmöglichkeiten

Von Juan E. Alemann

US-Präsident Donald Trump hat mit seiner protektionistischen Importpolitik auch ein Problem für den nordamerikanischen Export geschaffen. Denn die betroffenen Länder, an erster Stelle China und die Europäische Union, haben sofort mit der Erhöhung von Zöllen auf US-Produkte reagiert. Dieser Handelskrieg, der sich in vollem Gang befindet, schadet schließlich der Weltwirtschaft. Der internationale Handel ist in den letzten Jahrzehnten prozentual mehr gestiegen als des Bruttoinlandsprodukt der Welt und hat auch zu dessen Zunahme beigetragen.

Die Erkenntnis, dass der internationale Handelsaustausch Wohlstand schafft, wurde auch bei der Konferenz von Bretton Woods im Jahr 1945 erkannt, in der der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und auch das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) geschaffen wurden. Das GATT wurde gegründet, um protektionistische Tendenzen einzudämmen und den internationalen Handel zu fördern, gab jedoch nur Empfehlungen ab. Deshalb wurde es schließlich 1995 in die Welthandelsorganisation (WTO, World Trade Organisation) umgewandelt, bei der die Vereinbarungen verbindlich sind. Das wird zwar nicht ganz eingehalten und schreitet auch nur mühsam voran, aber im Prinzip haben sich die Mitglieder daran gehalten, weil die WTO-Ordnung vorsieht, dass Gegenmaßnahmen zugelassen sind, wenn ein Land die WTO-Regeln verletzt, wobei ein Land, das darauf besteht, die mit der WTO eingegangenen Verpflichtungen nicht einzuhalten, schließlich aus der Organisation ausgeschlossen wird.

Die Vereinigten Staaten befinden sich noch in der ersten Phase und setzen sich gleichzeitig für eine Reform der

WTO ein, die auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron befürwortet, allerdings wohl in eine andere Richtung. Argentinien bleibt, wie üblich, dem Thema fern, obwohl es es ein besonderes Interesse an einer Reform haben sollte, die Importkontingente zulässt und die Differenzialzölle zwischen Rohstoffen und den mit ihnen erzeugten Industrieprodukten begrenzt. Es ist wirklich erstaunlich, dass eine Regierung, die sich besonders für die Exportzunahme und nicht für die Importbegrenzung als Mittel des Ausgleichs des Leistungsbilanzdefizits einsetzt, dem Thema der WTO-Ordnung so geringe Aufmerksamkeit widmet. Es ist nicht einmal bekannt, dass sich ein höherer Beamter im Außenministerium auf dieses Thema spezialisiert. In der Presse sind wir die Einzigen, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Auf die Importzölle, die die USA zunächst auf Stahl (25%) und Aluminium (10%) aus China (u.a. Ländern erhoben hat, folgte eine lange Liste chinesischer Produkte. China hat daraufhin als erstes mit einem Zollsatz von 25% auf Sojabohne reagiert. Da argentinische Sojabohne nicht von diesem Zoll betroffen ist, sollte dieses Produkt jetzt die US-Sojabohne verdrängen. Der Preis der Sojabohne an der Börse von Chicago gilt jetzt nur für US-Sojabohnen. Argentinien sollte bei seinen Lieferungen an China somit einen höheren Preis erhalten. Dieses Jahr ist die lokale Produktion von Sojabohne wegen der Dürre gering ausgefallen; aber für 2019 wird eine sehr hohe Produktion erwartet, so dass die Aussicht auf höhere Lieferungen nach China, zu einem guten Preis, sehr wichtig ist. Auf alle Fälle hat China einen zunehmenden Bedarf an Sojabohne, an erster Stelle um die über 600 Mio. Schweine zu füttern,

die dort gezüchtet werden, zu denen dann noch viel mehr Hühner hinzukommen.

Doch darüber hinaus besteht eine Exportmöglichkeit für zahlreiche argentinische Produkte, an erster Stelle Rindfleisch, bei dem China besonders die billigeren Teile des Rinderleibes abnimmt, während die EU sich auf die teureren (Lende u.a.) konzentriert. Auch hier konkurriert Argentinien mit den USA. Aber auch Schweinefleisch und eventuell Schaffleisch kommen in Frage. Doch dann importiert China auch Pecan-Nüsse aus den Vereinigten Staaten, die aus dem Mississippi-Gebiet stammen und von Präsident Sarmiento nach Argentinien gebracht wurden, wo in den letzten Jahren größere Pflanzungen angelegt wurden, die nach und nach die Produktion aufnehmen. Argentinische Lieferungen könnten die nordamerikanischen ausgleichen, wobei ohnehin in China ein unbefriedigter Bedarf besteht.

Abgesehen von den Exportprodukten, die US-Produkte eventuell ersetzen, bestehen allgemein vielfache Möglichkeiten für zahlreiche argentinische Produkte, wobei der bilaterale Handel zwischen Argentinien und China einen hohen Überschuss für dieses Land abwirft, was als Argument von Seite der argentinischen Behörden verwendet

werden sollte, damit China bestimmte Importhindernisse, oft technischer Natur, abschafft. Die mehr als 1,3 Mrd. Chinesen, von denen über 300 Mio. schon zum Mittelstand gehören (der außerdem rasant zunimmt) von denen viele wirklich wohlhabend sind, stellen einen hohen Konsum dar, der immer mehr Produkte aufnimmt, die ihrem relativ hohen Einkommen entsprechen, wie Rindfleisch. Es sollten Exportmöglichkeiten bei Honig, verschiedenen Obstarten (und auch Obstkonserven), und ganz besonders bei Holz und Holzprodukten (Brettern, Leisten u.a.) bestehen, die Argentinien zunehmend erzeugt. Argentinien gehört weltweit zu den Ländern, in denen die günstigsten Bedingungen für die Forstwirtschaft bestehen, mit einer sehr hohen Produktion von Holz pro Hektar und Jahr. Die Möglichkeiten auf diesem Gebiet sich nicht entfernt ausgeschöpft.

Regierung und Unternehmer sollten bei Exportmöglichkeiten nach China eng zusammenarbeiten, wobei den Produzenten und Exporteuren von Produkten, die bisher nicht nach China exportiert wurden, oder nur ausnahmsweise, finanziell und steuerlich geholfen werden sollte.